

Mit Sparen stützt der Staat die Wirtschaft

Volker Wieland



Es ist richtig, dass die Regierung die Ausgaben kürzt, die Steuern aber nicht erhöht. So fließen mehr Kre-dite an die Privatwirtschaft und schaffen Arbeit und Wohlstand.

Sparen macht's, und in Deutschland wäre es auch legal. "Nicht für den Stierkampf, sondern für die Vermögenssteuer werben Juristen wie Joachim Wieland (Handelsblatt vom 1.6.10). Mit neuen und höheren Steuern solle unsere Regierung den Haushalt sanieren und die Verschuldung bremsen. Aber nicht alles, was für den Staat juristisch machbar ist, ist auch ökonomisch sinnvoll und dient dem Wohl seiner Bürger. Sicher, eine Schuldenerklopser muss verhindern werden. Finanzler der Staat seine Ausgaben mehr und mehr auf Pump, gräbt er privaten Unternehmen und Haushalten den Kreditfluss ab. Kapital für neue

Ideen und Investitionsprojekte zu finden wird dann immer schwieriger. Auch potenzielle Häuslebauer sehen ihren Traum vom Eigenheim weiter in die Ferne schwinden. Anhaltendes Wirtschaftswachstum, das Arbeitsplätze und Wohlstand auf Dauer schafft, kommt so nicht in Gang. Startlessen drosselt der Staat die Privatwirtschaft.

Höhere Einkommen-, Lohn- oder Mehrwertsteuern helfen hier nicht weiter. Zwar spülen sie neues Geld in leere Staatskassen, aber sie mindern die Ressourcen, die den zahlenden Bürgern zur Verfügung stehen. Dauerhaft höhere Steuern verdrängen privaten Konsum und Investitionen ebenso wie eine steigende Staatsverschuldung. Auch die eifrig angepreisene Vermögenssteuer bietet keinen Ausweg aus der Krise. Ganz im Gegenteil, sie würde Kapitalflucht ins Ausland fördern. Später entmutigen und Investitionen in Deutschland behindern. Und was die Fairness betrifft, wurden vorhandene Vermögen meist aus besteuerten Einkommen erspart und viel Vermögen wurde in der Finanzkrise vernichtet, während der Staat die Transfereinkommen garantiert hat. Deshalb ist es richtig, dass die Regierung in ihren gestrigen Budgetplänen die Hände von einer Vermögenssteuer gelassen hat.

Entscheidend für die Regierung sollten aber weder die Eigeninteressen der Vermögenden noch die der Transferempfänger sein, sondern Arbeit und Wohlstand, die in einer anhaltend wachsenden Wirtschaft für alle geschaffen werden können. Dies erfor-

dert vor allem Investitionen. Im internationalen Vergleich über die vergangenen 15 Jahre ist Deutschland bei der Nettoinvestitionsquote ganz weit hinten zu finden. So überrascht es auch nicht, dass das Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich nicht viel mehr als einem Prozent pro Jahr über diesen Zeitraum im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn ebenfalls recht mager ausfiel.

Die Regierung muss ihre eigenen Ausgaben stützen. Dann fließt auch wieder mehr Kredit in die Privatwirtschaft. Nur so kann auf Dauer ein größerer Anteil der Produktion für private Investitionen und Konsum Verwendung finden. Mit diesen Investitionen schaffen unsere Unternehmen wiederum den physischen Kapitalstock und den Zugang zu neuen Technologien, die zusammen dauerhaft zu mehr Wachstum, mehr Arbeit und mehr Wohlstand für alle führen können.

Nun bricht vielleicht mancher in Aufregung aus, jetzt solle an der falschen Stelle gespart werden. Natürlich ist für die Empfänger der jeweiligen staatlichen Wohlfahrt der Verlust immer schmerzlicher. Bei einer allgemeinen Staatsquote von gut 47 Prozent ist aber sicher genug Spielraum vorhanden, staatliche Ausgaben wie gestern von der Regierungskoalition angekündigt zu verringern, ohne unerträgliche Schmerzen zuzufügen. Ein Vergleich mit den Ausgabenanteilen für Soziales, Bildung, Infrastruktur und andere staatliche Leistungen in Ländern, die in diesen Bereichen international ver-

gleichbar erfolgreich, aber effizient operieren, zeigt: Auch eine Staatsquote zwischen 30 und 40 Prozent müsste ausreichen, um die gewünschten Dienstleistungen bereitzustellen.

Anderere befürchten, das Timing fürs Sparen sei falsch - so etwa kürzlich US-Finanzminister Timothy Geithner bei seinem Besuch in Berlin. Um eine Rückkehr der Rezession abzuwehren, soll nach dieser Auffassung noch einmal Geld in Konjunkturpakete gesteckt werden. Inzwischen gibt es aber genügend Studien, die zeigen, dass solche Maßnahmen kein anhaltendes Wachstum bewirken. Sie können nicht verhindern, dass die zusätzlichen Staatsausgaben private Investitionen verdrängen. Eine Einschätzung, die auch Experten des Internationalen Währungsfonds in Washington bestätigen.

Und dann gibt es noch diejenigen, die sich wie die französische Finanzministerin Christine Lagarde um die deutsche Binnenkonjunktur Sorgen machen. Ihnen sei gesagt: Vergessen Sie bitte nicht, dass auch die deutsche Garantie für Staatskredite an Griechenland - und implizit an Portugal, Spanien und Italien - zur Rettung des Euros dem Kreditfluss ins Ausland zugute kommt. Sie sollten zustimmen, wenn sich der deutsche Staat nun zurücknimmt, um so den Kreditfluss in die Privatwirtschaft zu steigern und mehr Investitionen zu ermöglichen. Dies ist der beste Weg, um die wirtschaftliche Erholung in Deutschland, die bisher zum großen Teil von der Exportwirtschaft ausging, zu verfestigen.

Diskutieren Sie online mit der Redaktion über die Frage, ob die Bundesregierung zulasten sozial Schwacher spart, unter handelsblatt.com/debatte

Debatte:
handelsblatt.com

H

Der Autor lehrt Gelattheorie und -politik an der Goethe-Universität Frankfurt. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com